

Zur Sicherheit: Im Dialog mit jungen Menschen



Prof. Dr. Emanuela Chiapparini

Gewalt, Suchtmittel oder politischer Extremismus sind aus unserer Perspektive Fragen der Sicherheit. Doch was denken junge Menschen? Es empfiehlt sich, darüber direkt mit ihnen zu sprechen, um unsere blinden Flecken aufzudecken. Wenn wir Jugendliche mitwirken lassen, verbessern wir auch mögliche Massnahmen.

In den Medien ist Sicherheit ein Dauerthema. Gern setzen Journalist*innen dies mit Jugendlichen in Verbindung: illegale Demonstrationen, Vandalismus, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus oder Drogenhandel und Beschaffungskriminalität. Die Medien transportieren Bilder von Barrikaden, verhüllten Polizist*innen, Tränengas, Molotov-Cocktails und lauten Menschenmengen. Besonders in kriminalitätsbelasteten Orten oder bei Grossveranstaltungen fallen Polizeieinsätze sowie -kontrollen öffentlich auf. Die Polizeieinsätze rufen eine Bandbreite an Interpretationen zwischen den zwei Extrempositionen «Schutz» und «Provokation» hervor. So interpretieren beteiligte junge Menschen oder Initiant*innen Vorfälle anders als Passant*innen oder Anwohnende. Diese Positionen leiten auch ihre Gefühle: Anwohnende oder Passant*innen können verängstigt werden, handelnde Personen dagegen fühlen sich oft nicht gehört, werden gleichgültig und sind unzufrieden mit der gesellschaftlichen Entwicklung.

Jugendforschung und Sicherheitsthemen

Bereits 2014 verwies der Soziologe Axel Groenemeyer auf die unterschiedlichen Perspektiven: «Jugendliche machen Probleme» oder «Jugendliche haben Probleme». In den Siebzigerjahren begann die Jugendforschung festzustellen: Die Jugend als einheitliche Lebensphase gibt es nicht. Vielmehr entstehen in biografischen und gesellschaftlichen Kontexten unterschiedliche jugendliche Biografien. Jugendliche gestalten als sogenannte «aktive Subjekte» ihren Alltag im Spannungsfeld zwischen Selbst- und Fremdbestimmung. Zudem geht der Fokus weg von äusseren Verhaltensweisen, die oft als «Probleme machen» wahrgenommen werden. So beschäftigt sich die Jugendforschung vermehrt mit den tatsächlichen Herausforderungen, die junge Menschen in ihrem Leben beschäftigen. Diese Herausforderungen entstehen durch ihre persönliche Lebensgeschichte und die spezifischen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, in denen sie aufwachsen. So geht die gegenwärtige deutschsprachige Jugendforschung von einem positiven und zugleich vielfältigen Verständnis jugendlicher aus,

was eine ambivalente Haltung zwischen Schutz und Provokation im Umgang mit sicherheitspolitischen Akteur*innen einbezieht. Hinzu kommt: Sicherheitsthemen sind meist defizitär formuliert. Zum Beispiel ist der «Schutz» der Bevölkerung nötig und Jugendliche müssen vor negativen Einflüssen wie Kriminalität, Extremismus oder Cyberangriffen «geschützt» werden. Dies schiebt in den öffentlichen Debatten die proaktive und mitwirkende Haltung der handelnde Personen eher in den Hintergrund. Der Blick wird allzu schnell und einseitig auf sogenannte «rechte» oder «linke» Jugendliche oder auf «schwierige» Quartiere, Schulklassen, Gruppen oder Personen gerichtet. Massnahmen zielen so darauf ab, dass die genannten Gruppen oder sozialen Milieus «weniger Probleme machen».

Die Perspektive der Jugendlichen

Mit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention im Jahr 1997 hat sich die Schweiz verpflichtet, junge Menschen am Planungs- und Entscheidungsprozessen des öffentlichen und politischen Lebens zu beteiligen. In den letzten hundert Jahren hat sich die Lebensphase der Jugendlichen in Länge und Ausformung stark verändert. Gleichzeitig blieben gewisse entwicklungspsychologische Phänomene ähnlich. So müssen Jugendliche noch immer zwischen Fremdbestimmung und Selbstbestimmung ein Gleichgewicht finden, und zwar inmitten persönlicher und gesellschaftlicher Veränderungen. Um das Verständnis von Sicherheit der Jugendlichen in diesem Auslotungsprozess zu verstehen, ist es nötig, ihre Perspektive auf Freizeitgestaltung, Nutzung digitaler Medien oder Suchtmittel zu kennen.

Die Sicht teilt die Forschung: Sicherheit ist nicht nur ein juristisches und sicherheitspolitisches Thema, sondern die Sichtweise der zu schützenden und handelnden Personen ist unbedingt einzubeziehen. Dazu ist es nötig, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, ihre Anliegen anzuhören und diese in die sicherheitspolitischen Prozesse einfließen zu lassen. Indem Entscheidungsträger*innen der Sicherheitspolitik junge Menschen beteiligen, entsteht ein fruchtbarer Sicherheitsdialog. Ein solcher entstand in den Jahren 2023 und 2024 zwischen Philippe

Müller, dem Sicherheitsdirektor des Kantons Bern und damaligen Regierungspräsidenten, und engagierten Anwohnenden, Fachpersonen sowie Vertretenden der Sicherheitsdirektion. Vonseiten der BFH waren zahlreiche Expert*innen aus verschiedenen Disziplinen an der Veranstaltungsreihe beteiligt – von der Sozialen Arbeit über Technik und Informatik bis hin zur Architektur. Es wurden vier Quartierbegehungen und ein Workshop mit rund 50 Lernenden der Technischen Fachschule Bern durchgeführt. «Eine spannende Chance, um Wissenschaft und Gesellschaft zur Diskussion über die vielfältigen Aspekte der Sicherheit zusammenzubringen», konstatierte BFH-Rektor Sebastian Wörwag damals.

Perspektivwechsel möglich machen

Die Quartierbegehungen und Workshops ermöglichen der Sicherheitsdirektion, die Anliegen und Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung im direkten Kontakt aufzunehmen und die konkreten Zusammenhänge vor Ort zu verstehen. Die Begehung des «Fokusgebiets Klee-feld» in Bern Bümpliz Süd diente Regierungsrat Philippe Müller und engagierten Bewohner*innen des Quartiers beispielsweise als Plattform für einen konstruktiven Austausch. So wurden Alkohol, Drogen und Gewalt im Quartier zunehmend als Problem wahrgenommen. Als *Best-Practice*-Beispiel: Es gibt monatliche runde Tische mit Fachpersonen, der Polizei und dem Quartiersverein, um Vorkommnisse zu besprechen und Massnahmen zu ergreifen. Hier wäre es ein weiterer Fortschritt, zukünftig auch Jugendliche am runden Tisch zu beteiligen. Der oben erwähnte Austausch mit Lernenden der Technischen Fachschule Bern thematisierte Sicherheit in verschiedenen Lebensbereichen der Jugendlichen. Es ging um Fragen wie Alkohol an Grossveranstaltungen, Polizei-präsenz, Gesellschaft im Wandel, Mobilität und Cyberrisiken. Mit dem letzten Punkt wurde ein immer wichtiger werdender Bereich der Interaktion zwischen Mensch und Maschine aus der Sicherheitsperspektive angesprochen, denn auch Roger Filliger, stellvertretender Direktor des Departements Technik und Informatik, hält die Sensibilisierung angehender Fachkräfte in puncto Cyberrisiken für ein wichtiges Element gelebter Sicherheit.

Im Fachdiskurs werden die beschriebenen Formate der Beteiligung als «Anhörung» oder «Konsultation» bezeichnet. Je nach Ziel des Vorhabens besteht eine weitergehende Möglichkeit, junge Menschen in Geschäfte der Sicherheitspolitik einzubeziehen und mit ihnen zum Beispiel Präventionskonzepte zu entwickeln (Ko-Konstruktion). Diese zwei Formate von Beteiligungsprozessen haben ein in der Kinder- und Jugendarbeit nachgewiesenes Wirkungspotenzial, wenn bestimmte Voraussetzungen berücksichtigt werden. So sollen Ziele und Grenzen der Beteiligung von Anfang an klar kommuniziert werden. Insgesamt sind neun Dimensionen der Beteiligung vorab zu klären, damit eine ergebnisorientierte Beteiligung stattfinden kann.

Mehrwert von Beteiligungsprozessen

Bei den Quartiergängen und dem Workshop konnten die beteiligten Personen einzelne positive Wirkungsfak-

toren wahrnehmen, zum Beispiel wurden blinde Flecken aufgedeckt, oder es wurde für alle die Dringlichkeit eines Jugendtreffs klar (vgl. Interview, Seite 9). Die Wirkungspotenziale lassen sich in der Fachliteratur für folgende drei Zielgruppen aufzeigen (vgl. Müller & Chiapparini, 2021, S. 11; Chiapparini et al., 2020):

1. Fachpersonen in Fachorganisationen, Verwaltung und Politik

- *Unmittelbarer Zugang* zu Wissen, Erfahrungen und Sichtweisen betroffener Personen und eine Sensibilisierung für einzelne Thematiken werden ermöglicht.
- *Missverständnisse* lassen sich zwischen beteiligten Personen klären, sodass ein gegenseitiges Verständnis gefördert wird.
- *Blinde Flecken* bei Fachpersonen oder Politiker*innen können sichtbar gemacht werden.
- *Die Zusammenarbeit und Kommunikation* zwischen betroffenen Personen und den jeweiligen Akteur*innen oder zwischen Fachorganisationen bzw. der Verwaltung können verbessert werden.

2. Betroffene Personen

- *Der Zugang zu Informationen* und Aneignung von Wissen werden optimiert.
- *Die eigenen Fähigkeiten* werden aufgebaut und genutzt.
- *Respekt, Verständnis und Zugehörigkeit* werden erfahren.
- *Die Verantwortung* von Handlungsspielräumen wird übernommen und genutzt.
- *Das Selbstwertgefühl und die Selbstwirksamkeit* werden gestärkt.
- *Die soziale Integration* wird verbessert.
- *Das Verständnis* für Handlungsmöglichkeiten von Fachpersonen wird gestärkt.

3. Gesellschaft

- Die *Wirksamkeit* von Sicherheits- und Armutspolitik wird verbessert.
- *Vorurteile* können abgebaut werden.
- Der *soziale Zusammenhalt* wird gestärkt. ■

Literatur:

- Groenemeyer, Axel. (Hrsg.). (2014). *Jugend als soziales Problem – Probleme der Jugend?* Diagnosen, Diskurse und Herausforderungen. Weinheim: Beltz Juventa (Jugendforschung).
- Müller de Menezes, Rahel & Chiapparini, Emanuela. (2021). «*Wenn ihr mich fragt ...*». *Das Wissen und die Erfahrung von Betroffenen einbeziehen*. Bern: BSV, Abgerufen von <https://arbor.bfh.ch/15093/>
- Chiapparini, Emanuela, Guerry, Sophie, Reynaud, Caroline. (2024). *Wie können armutserfahrene Personen mit ihrer Erfahrungsexpertise dauerhaft in die Schweizer Armutspolitik einbezogen werden und mitwirken? Gesamtbericht*. Bern: BSV, [PDF]. Abgerufen von https://arbor.bfh.ch/21064/1/Gesamtbericht_Beteiligungsstruktur_Webversion.pdf

Prof. Dr. Emanuela Chiapparini, Leiterin Institut Kindheit, Jugend und Familie

emanuela.chiapparini@bfh.ch

... forscht und lehrt zur Kinder- und Jugendhilfe, zu Beteiligungsprozessen in der Armutspolitik (User Involvement), zur Sozialen Arbeit im Kontext Schule und der Digitalisierung, zur Elternbildung und zur sozialen Gerechtigkeit.